



Frankreich: Moslem schreit „Allahu Akbar“ und fährt mit Auto elf Menschen um

☒ Gestern Abend um 20 Uhr wurden die Franzosen mal wieder islamisch „bereichert“: Ein Moslem fühlte sich „im Auftrag der Kinder Palästinas“, raste mit seinem Auto durch Dijon, schrie „Allahu Akbar“ (Allah ist größer“) und mähte an fünf verschiedenen Stellen Fußgänger um. Elf wurden verletzt, zwei davon lebensgefährlich. Wenn ein Moslem wahllos und scheinbar irrational Menschen attackiert, wird dies meist als „geistige Verwirrung“ bewertet, so auch hier. Nachdem diese „geistig Verwirrten“ bei ihren Attacken immer „Allahu Akbar“ schreien, muss man dann also folgerichtig beim Islam von einer den Geist verwirrenden Religion sprechen? Erst am Samstag rannte ein Moslem unter andauernden „Allahu Akbar“-Rufen [messerfuchtelnd in eine Polizeistation](#) und verletzte einen Beamten im Gesicht. **Update:** Beide Moslems führten eine Killer-Anweisung aus dem Islamischen Staat für Frankreich aus!

(Von Michael Stürzenberger)

Der FOCUS berichtet:

In der französischen Stadt Dijon hat ein Mann am Sonntagabend sein Auto unter „Allahu Akbar“-Rufen in Fußgängergruppen gesteuert und dabei elf Menschen zum Teil schwer verletzt. Der Täter ist offenbar geistig verwirrt.

In Frankreich ist ein Mann mit seinem Auto an drei verschiedenen Orten in Ansammlungen von Menschen gefahren. Dabei wurden elf Menschen verletzt, zwei davon befinden sich in kritischem Zustand. Das berichtet die französische Nachrichtenseite RTL. Die Vorfälle ereigneten sich demnach gegen 20 Uhr in der Stadt Dijon.

Zeugen berichteten, der Mann habe „Allahu Akbar“ (Arabisch für: Gott ist groß) gerufen und erklärt, dass er „für die Kinder Palästinas“ handele. Wie aus Ermittlerkreisen verlautete, ist der Autofahrer wahrscheinlich geistig verwirrt. Er werde offenbar in einem psychiatrischen Krankenhaus behandelt, hieß es.

Der französische Innenminister teilt mit, dass ihm der zum Islam konvertierte Täter „seelischen gestört“ vorkommt:

Erst am Samstag hatte ein 20-jähriger Mann in einem Polizeikommissariat des Ortes Joué-lès-Tours nahe der Stadt Tours drei Polizisten mit dem Messer verletzt, bevor die Polizei ihn erschoss. Auch er rief nach Polizeiangaben „Allahu Akbar“. Der französische Innenminister Bernard Cazeneuve sagte am Sonntagabend im Fernsehsender TF1, der zum Islam konvertierte Täter von Joué-lès-Tours erscheine ihm „sowohl rätselhaft als auch seelisch gestört“.

Update: Beide Moslems führten nur die Terror-Befehle aus dem Islamischen Staat aus. Sie lautet:

«Vergiftet sie, überfahrt sie mit euren Autos»

Das Nachrichtenmagazin „20 Minuten“ aus der Schweiz [berichtet](#):

Drei französische IS-Kämpfer rufen dazu auf, gegen die «Feinde Allahs» Anschläge zu verüben. «Terrorisiert sie, bis sie vor Angst nicht mehr schlafen können.»

Europa erreicht ein neues Propagandavideo der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) auf: Darin rufen drei französische Dschihadisten ihre Landsleute auf, sich dem Islamischen Staat anzuschliessen oder Anschläge in Frankreich zu verüben.

In dem siebenminütigen Video ist zu sehen, wie Abu Maryam, Abu Osama und Abu Salman – so die Kampfnamen der Dschihadisten – ihre französische Pässe in einem Lagerfeuer verbrennen. «Ihr habt uns unterdrückt und unsere Religion bekämpft und unseren Propheten beleidigt. Und jetzt glauben wir nicht mehr an euch und eure Pässe, und wenn ihr hierher kommt, werden wir euch bekämpfen», sagt einer der maskierten Männer auf Französisch.

«Terrorisiert sie, bis sie vor Angst nicht mehr schlafen können. Es stehen Waffen und Autos zu Verfügung, um dieses Ziel zu erreichen. Vergiftet das Wasser und das Essen der Feinde Allahs. Spuckt ihnen ins Gesicht und überfährt sie mit euren Autos. Tut was auch immer nötig ist, um sie zu erniedrigen, denn das ist es, was sie verdient haben.»

Und jetzt die ganze Irrenanstalt bitte im Chor:

„Das hat alles nichts mit dem Islam zu tun!“

In Kürze berichten wir von einem schwarzen Moslem, der in den USA zwei Polizisten wie in einer Hinrichtung erschoss. Die Einschläge der islamischen „Bereicherung“ erfolgen in immer kürzeren Abständen. Allahu Akbar.



TV-Tipp: Spiegel TV über PEGIDA



Kamerateams von SPIEGEL TV waren in der vergangenen Woche unterwegs, um eine Reportage über PEGIDA zu filmen, die heute um 22:40 Uhr auf RTL ausgestrahlt wird. Sie waren nicht nur bei den Kundgebungen in Bonn und Dresden, sondern haben auch diverse Interviews geführt. So suchten sie Melanie Dittmer (*oben Bildmitte*) auf und befragten sie zu ihrer politischen Vergangenheit. Sie waren auch bei Michael Stürzenberger in München und wollten viel zur Islamisierung Deutschlands, Asylmissbrauch und PEGIDA wissen. **Update: Jetzt mit Video und Richtigstellungen!**

Es ging aber auch noch um andere Themen, und das macht stutzig: Beispielsweise die gerichtliche Auseinandersetzung mit dem CSU-Stadtrat Marian Offman, der sich über die PI-Veröffentlichung eines Interviews bei einer Kundgebung mit Stürzenberger beschwert hatte und über „Hassmails“ klagte, die er in der Folge der Berichterstattung über seine Auftritte bei

den Gegendemos zum Münchner Bürgerbegehren gegen das Islamzentrum erhalten hatte. Der Reporter forderte mich in dem Interview drei Mal (!) auf, mich bei Offman für die Beleidigungen zu entschuldigen. Das hatte schon etwas Inquisitorisches. Da Marian Offman Jude ist, sollte hier möglicherweise wohl auch ein Hauch von Antisemitismus angeheftet werden. Bei Stürzenberger fällt das aber bekanntlich schwer, denn er ist bekennender Israel-Unterstützer, hat nicht wenige jüdische Freunde und im Bayerischen Landesvorstand der FREIHEIT auch einen jüdischen Mitbürger. Man wird sehen, ob SPIEGEL TV diese rein politische Auseinandersetzung mit Offman in die Reportage um 22:40 Uhr einbaut.

Die [Vorankündigung der Sendung](#) zeigt, dass es im Fall von Melanie Dittmer hauptsächlich um ihre frühere politische Einstellung geht und wie sie den Holocaust beurteilt. Es ist also anzunehmen, dass es möglicherweise auch ein Ziel der Reportage sein könnte, den Personen im Umfeld der PEGIDA auf Biegen und Brechen ein „rechtsradikales“, „rassistisches“, „antisemitisches“ oder „ausländerfeindliches“ Mäntelchen umhängen zu können. Es wäre eine positive Überraschung, wenn es sachlich um die Themen ginge, die PEGIDA Woche für Woche mit zigtausenden Bürgern auf die Straße bringt.

Auf [livingscoop](#) ist das Video der Reportage bereits aufgetaucht:

Richtigstellung von Michael Stürzenberger:

In dem Bericht werde ich bei meiner Arbeit als freiberuflicher Journalist in einem Film-Produktionsstudio gezeigt. Hierzu wird behauptet:

„Von hier aus führt Stürzenberger seinen multimedialen Kampf gegen das Fremde.“

Erstens handelt es sich hier keinesfalls um ein Studio, von dem aus PI mit Beiträgen versorgt wird. Zweitens führe ich keinen „Kampf gegen das Fremde“, sondern kläre über den Islam auf. Hierbei werde ich von vielen Ausländern tatkräftig unterstützt, wie beispielsweise der Christin Nawal aus Ägypten, dem irakischen Christen Jakob, dem Ex-Moslem Nassim Ben Iman aus dem Nahen Osten und den geflohenen Christen aus dem Irak in München.

Weiter wird behauptet:

„Friedliche Moslems gibt es für ihn nur im Schläfer-Modus.“

Auch das ist falsch. Unser Bürgerbegehren gegen das geplante extremistische Islamzentrum in München haben bekanntlich etwa 120 Moslems unterschrieben, darunter viele Aleviten, und die sind wirklich an einer grundlegenden Modernisierung des Islam interessiert. In dem Statement, das ich SPIEGEL TV gegeben habe, zitiere ich lediglich ein [offizielles islamisches Rechtsgutachten](#) über das Verhalten von Moslems in Minderheit.

Zu Melanie Dittmer:

Sie berichtete in ihrer Rede bei BOGIDA am 15. Dezember über den unangemeldeten (!) Besuch von SPIEGEL TV (ab 4:00):

Sie ist vermutlich auch auf der medialen „Abschussliste“, weil sie als ehemalige ZDF-Mitarbeiterin über die dortigen Manipulationen ausgepackt hat:

Dänemark: Asylant überfällt Achtjährige in ihrem Bett

✘ Es ist noch nicht allzu lange her, da musste man im kleinen Königreich Dänemark seine Haustür nicht abschließen. Fahrräder ohne Schloss und Spielzeug konnte man unbehelligt draußen stehen lassen – die Autos sowieso. Seit dem europäisch-arabischen Dialog in den Jahren 1974-1981 über die [Barcelona-Deklaration](#) von 1995, die eine ungehinderte muslimische Einwanderung beinhaltete, mussten sich europäische Bürger von hart errungenen Freiheiten verabschieden. Je offener die Grenzen wurden, desto mehr musste man innerhalb der europäischen Länder Einschränkungen hinnehmen.

(Von Alster)

In den vor den europäischen Bürgern verheimlichten EU-Vereinbarungen mit 10 asiatischen und nordafrikanischen Ländern in Barcelona wurde nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine kulturelle Verschmelzung mit diesen kulturfremden Staaten beschlossen. Heute ächzt Europa unter dem „Asylantenansturm“ und wir sind nicht einmal mehr in unserem letzten Refugium, dem Zuhause vor dieser kulturellen „Verschmelzung“ sicher.

In der Nacht zum Donnerstag vor dem 4. Advent [überfiel ein Ausländer in Græsted](#) nördlich von Kopenhagen ein 8 Jahre altes Mädchen, das in seinem Bett schlief. Er war durch eine unverschlossene Tür eingedrungen. Die Eltern wurden durch das laute Schreien des Kindes geweckt, und der Vater konnte durch sein beherztes Eingreifen das Schlimmste verhüten. Laut Polizeiangaben sprach der Eindringling wiederholt von Sex, während er das Mädchen festhielt. Inzwischen konnte die Mutter mit dem Mädchen und einem Bruder zum Nachbarn flüchten. Der Fremde war sehr aggressiv, so dass der Vater die Hilfe des Nachbarn benötigte, um ihn zu überwältigen und festzuhalten.

Nicht ohne Grund fürchtet der Vater, dass der vorerst in Verwahrung genommene Täter freigelassen wird, so dass seine Tochter ihm wieder begegnen könnte.

Beim Täter handelt es sich um eine 39-jährigen Asylanten mit Aufenthaltserlaubnis. Zunächst vermutete man einen Zusammenhang mit einem Überfall auf eine 14-Jährige in Ranum, dabei [ermittelte man aber inzwischen einen Somalier](#). Bei dem ähnlich gearteten Überfall stand der Täter plötzlich im Zimmer der 14-Jährigen, befühlte ihre Beine und versuchte sie zu küssen. Auch hier konnte sie durch lautes Schreien Schlimmeres verhindern. Der Somalier flüchtete in ein nahegelegenes Asylantenheim, wurde dort aber dingfest gemacht.

Zurzeit steht [ein Marokkaner \(kl. Foto\) in Kopenhagen](#) vor Gericht, der der Terrorpropaganda bezichtigt wird. Neben terroristischen Aktivitäten, Diebstahl, Gewalt und Waffenbesitzes wurde er schon früher für schuldig befunden, ein 12-jähriges Mädchen von einem Kinderspielplatz weggebracht und ihre Brüste betastet zu haben.

Gerade geht es in Varberg Schweden um einen Asylanten, der versucht hat, eine 9-Jährige innerhalb der Flüchtlingsunterkunft zu vergewaltigen. Er war schon aus einer anderen Unterkunft verlegt worden, nachdem er dort [eine 15-Jährige sexuell belästigt](#) hatte.

In Norwegen meinte ein Anwohner einer Asylantenunterkunft in Kronstad, in der es mehrfach zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen ist, dass es erlaubt sein sollte, [wichtige Fragen zu stellen](#). Er glaubt, dass die Platzierung eines Hauses mit Asylanten mitten in einem Viertel, in dem Kinder und Erwachsene sich ängstigen, diskutiert werden müsse – auch in den Medien. Dieser Europäische Bürger fragt, warum die Bürger nicht über die Art der Menschen informiert würden, bevor man sie in ihre Nachbarschaft platzierte. Er glaubt, dass eine Form der Vorwarnung stattfinden sollte.

Dazu müssten sich Politik und Medien, die diese bedrohlichen Zustände negieren oder verharmlosen und meist nur diffuses Zeug diesbezüglich von sich geben, über die Masseneinwanderung aus islamisch geprägten Ländern und deren Kulturen genauer informieren.

Vielleicht müssen die Verantwortlichen nur einmal daran denken, wie sehr das Leben eines Kindes und das der Verwandten durch solche Übergriffe verändert wird. Wer dann nicht faktenresistent ist, kann ja bei PEGIDA mit spazieren gehen. Es ist möglicherweise die letzte Chance, um Europa als islamisches „Haus des Friedens“ (Dar al-Islam) zu verhindern.

(Übersetzungen ins Deutsche von Alster)



Cora Stephan: Populisten, Pöbel und Politiker

✘ [...] Was sich da in den letzten Tagen über etwa 15.000 unter der ungewöhnlichen Parole „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ demonstrierende Menschen in Dresden ergießt, Menschen, von denen man im Einzelnen gar nichts weiß, könnte man, wenn man pathetisch wäre, den Untergang politischer Gesprächskultur in diesem Lande nennen. Hier wird nämlich nicht mehr gesprochen, sondern nur noch gespuckt und gespien – was man offenbar darf, wenn es sich um

Nazis handelt, weshalb es sich empfiehlt, die zu maßregelnden Bürger vorwegnehmend gleich als solche anzusprechen. („[Hier auf ndr.de weiterlesen](#)“)



Dubioses gerichtsbekanntes Dortmunder Gymnasium wird „Schule ohne Rassismus“

☒ Mehrfach unterlag das islamophile Stadtgymnasium Dortmund bereits vor Gericht, nachdem Schulleiter Bernhard Koolen (Foto) die Grundrechte von politisch Andersdenkenden eklatant mit Füßen getreten hatte ([PI berichtete](#)). Nun schmückt sich diese – bundesweit in Verruf geratene Lehranstalt – auch noch mit dem Siegel „[Schule ohne Rassismus](#)“.

Dazu heißt es:

Die Schule blickt auf eine Zukunft mit mehr Zivilcourage und einem besseren, gemeinschaftlicheren Umgang innerhalb der Schülerschaft und aller Beteiligten am Schulleben.

Gerade an dieser Schule ist es jedoch vor allem der radikale Islam, der einem humanistischem Schulklima im Weg steht. Als erstes staatliches Gymnasium bundesweit etablierte es einen „muslimischen Schulgottesdienst“, von dem alle nicht-

muslimischen Schüler ausgeschlossen waren und der vom radikalen Imam Ahmed Aweimer geleitet worden war.

Aweimer war aufgrund seiner radikalen Ansichten bereits zwischenzeitig in Israel verhaftet worden und [ätzt heute im Ruhrgebiet](#) regelmäßig gegen die Grundwerte der freiheitlichen Gesellschaft. Wer sich als Lehrer oder Schüler gegen diese Schul-Islamisierung wehrte, wurde vom Schulleiter Bernhard Koolen schikaniert bzw. sogar vom Dienst suspendiert. Auch die [Bild-Zeitung](#) hatte darüber berichtet, wie der islamkritische Buchautor und Lehrer Daniel Krause vor Gericht seinen Prozess gegen diese Suspendierung gewann. Koolen jedoch zeigte [Verachtung gegenüber dem Rechtsstaat](#) und entblößte sich mit anmaßender Richterschelte.

In einem weiteren Gerichtsurteil wurde ein Jahr später öffentlich, dass an dieser Schule in vielerlei Hinsicht eine angespannte bis unerträgliche Atmosphäre herrscht: Mobbing unter Kollegen, [Verschleppung diverser Amtsvorgänge](#) etc.

Laut Wikipedia hieß das Stadtgymnasium in früheren Zeiten „Adolf-Hitler-Gymnasium“. Und bekanntlich nutzte schon Hitler seine Kriegspolitik dafür, von innenpolitischen Abgründen abzulenken. Mit dem gleichen Prinzip geht nun die Dortmunder Schule vor: Das Sich-schmücken mit dem Projekt „Schule ohne Rassismus“ soll den Blick davon ablenken, wie sehr dieses Gymnasium mit Unterrichtsausfall aufgrund organisatorischen Missstände zu tun hat. Bereits seit 2012 berichtete [die Regionalpresse](#) immer wieder von den eklatanten Unterrichtsausfällen an dieser Schule, gegen die sich auch die Schüler aus berechtigter Zukunftsangst regelmäßig auflehnen.

Auch in diesem Schuljahr besteht dieses Problem am Stadtgymnasium weiter fort, so ein Bericht der [„Ruhr-Nachrichten“](#). Statistiken der Stadt Dortmund zeigen weiterhin, dass das Stadtgymnasium, gemessen an den [Anmeldezahlen](#), die unbeliebteste Schule der ganzen Stadt ist.

Vielleicht sucht man hinsichtlich dieser Anmeldezahlen nun stärker als je zuvor die „Rettung“ durch die Migrantenklientel. Statt erst einmal die Erfüllung der Grundaufgabe „Unterricht“ sicherzustellen, floss die Energie am Stadtgymnasium zuletzt leider eher in verzweifelte politisch tendenziöse Projekte. Neben dem Schulleiter war insbesondere der strebsame Schülervertreter Felix Starzonek (18) federführend, von dem auch der Bericht [auf der Homepage](#) namentlich unterzeichnet ist.

Kontakt:

Stadtgymnasium Dortmund
Heiliger Weg, 25
44135 Dortmund
Telefon: 0231-50 23 136
Telefax: 0231-50 10 769
E-Mail: stadt-gymnasium@stadtdo.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse trotz aller Kontroversen in der Sache um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise)

**Jeder Stuttgarter Stadtrat
kriegt € 1500/Monat**



Vom 1. Januar an erhalten Stuttgarter Stadträte statt 1200 Euro jeweils 1500 Euro pro Monat. Die aufwendigere Arbeit der Fraktionsvorsitzenden wird statt mit 2400 Euro jetzt mit

3000 Euro honoriert. Ihre Stellvertreter sowie die Sprecher von kleineren Gruppierungen im Gemeinderat erhalten statt bisher 1800 Euro nun 2250 Euro. Dazu kommen noch Sitzungsgelder, deren Höhe unverändert bleibt und die von 60 Euro (für bis zu fünf Stunden pro Sitzung) bis zu 180 Euro (bei mehr als acht Stunden) reichen.

Der Gesamtaufwand für die Neuerungen beträgt knapp 280.000 Euro. Außerdem sollen Gemeinderatsmitglieder künftig auch je ein Smartphone zur Nutzung für ihr Ehrenamt erhalten können. Hier rechnet die Stadt mit Kosten von bis zu 35.000 Euro..

Kommentar:

Diese Summen für Stadträte erscheinen mir zu hoch. Vermutlich geht es in der Restrepublik ähnlich hoch oder noch höher her. Man darf davon ausgehen, daß für diese „Ehrenämter“ nach dem Krieg gar nichts bezahlt wurde. Wenn man jetzt aber für die Ehre immer mehr Geld kriegt, geht sie vermutlich verloren. Für wen oder was wird ein solcher Stadtrat stimmen? Nach seinem Gewissen und gesunden Menschenverstand? Oder nach dem, was er denkt, was die Mehrheit laut veröffentlichter politikorrechter Meinung denkt? ([Zahlen hier!](#))

Buschkowsky: „Political correctness ist Zensur und führt zu Denkfaulheit und Duckmäusertum“



Am vergangenen Samstag wurde auf dem TV-Sender Phoenix leider erst um Mitternacht ein Gespräch mit Heinz Buschkowsky gesendet, in dem er aus der erschütternden Lebensrealität der Parallelgesellschaft in Berlin-Neukölln berichtet. In 10-15 Jahren werde dieser Stadtteil aufgrund der Geburtenentwicklung rein migrantisch sein. Die Einstellung der Moslems entwickle sich immer mehr in Richtung Fundamentalismus und die Probleme mit der Integration würden immer größer. In der Sendung machte Buschkowsky erstaunlich klare Aussagen zum Islam und seiner demokratiefeindlichen Programmatik. Außerdem beklagte er die politische Korrektheit, die bereits die Darstellung der Wirklichkeit verhindere und somit eine zielführende Diskussion zur Problemlösung verhindere.

(Von Michael Stürzenberger)

All die Blender, Täuscher, Verharmloser und Lügner in Politik, Medien und Religionsverbänden, die behaupten, es gäbe in

Deutschland keine Islamisierung, sollten sich einmal die Realität vor Ort ansehen und mit Heinz Buschkowsky reden. Hier eine Auswahl seiner spannendsten Aussagen:

„Political correctness ist nichts anderes als Zensur. Sie führt zu Denkfaulheit und Duckmäusertum“

„Multi-Kulti ist nichts anderes als ein Etikettenschwindel“

„Die Parallelgesellschaften verfestigen sich“

„Westliche Dinge werden dort als Sünde und Verdorbenheit angesehen“

„Von 300.000 Menschen in Neukölln haben 140.000 einen Migrationshintergrund, in den Schulen 85-95%. Neukölln wird in 10-15 Jahren eine reine Migrantenstadt sein“

„Wir haben die größte Hartz IV-Dichte in ganz Deutschland“

„Neukölln ist überall“

„Ich beobachte seit 5-7 Jahren eine galoppierende Zunahme von fundamentaler Religiösität“

„Das Straßenbild ist dominiert von vorschriftsmäßiger religiöser Kleidung: Verhüllte Köpfe und bodenlange Kleidung“

„Der Glaube wird aggressiv in den Alltag getragen“

„Im fundamentalistischen Islam sind die Gesetze von Gott, die nicht zu hinterfragen sind. Der Mensch darf keine Gesetze erlassen“

„Das ist die Gruppe mit dem höchsten Zulauf in Deutschland“

„Muslime sind in ihrer Bereitschaft zu Bildung und Anpassung an die Lebensregeln ihrer neuen Heimat sehr viel sperriger als andere“

„Das Elternzentrum einer Ganztageschule in der Nähe der Al-

Nuhr-Moschee ist leer, die Moschee und die Koranschule aber sind voll“

„Durch Scharia-Richter wird unser Rechtssystem völlig ausgeblendet, Recht und Gesetz werden dort ausgehandelt“

„In der Islamkonferenz sind alle kritischen Themen ausgeblendet worden, davon halte ich gar nichts“

„Im orthodoxen Islam gibt es keine Trennung von Staat und Religion. Religion ist dort der Staat“

„Einwanderung ist keine Sozialveranstaltung. Integration ist eine Pflicht“

„Es darf kein Hartz IV geben für junge Leute ohne Schulabschluss und ohne Beruf“

Die Erstaussstrahlung der hochinteressanten 35-minütigen Sendung fand am 1. November ebenfalls um Mitternacht statt, daher hat sie leider kaum jemand wahrgenommen. [In der Mediathek von Phoenix](#) und auf [livingscoop](#) kann man sich das Video ansehen:

Hamburg: Junge „Flüchtlinge“ bedrohen Betreuer

☒ Ein weiterer Vorfall der multikulturellen Bereicherung durch junge „Flüchtlinge“ ereignete sich am vergangenen Sonntag in der Unterkunft für junge unbegleitete Flüchtlinge an der Feuerbergstraße in Hamburg-Alsterdorf. In der ohnehin als problematisch geltenden Wohnunterkunft weigerte sich ein

18-Jähriger „Südländer“ gegen die Verlegung in eine andere Gruppe. Daraufhin stachelten zwei weitere Bewohner den „Südländer“ auf, sich gegen die Verlegung zu wehren und bedrohten die Sozialarbeiter mit Messern, Rasierklingen und Stöcken.

(Von Verena B., Bonn)

Die Betreuer flohen in einen sicheren Raum, und die Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes konnten einen der Randalierer überwältigen. Hoffentlich haben sie ihm nicht weh getan wie seinerzeit in Burbach, wo die Sicherheitsleute in einer gewaltsamen Auseinandersetzung zweier Religionsgruppen der Friedensreligion zuschlagen mussten, weil die Polizei nicht rechtzeitig vor Ort war – was ihnen eine üble Presse einbrachte.

Die Polizei löste einen Großeinsatz (14 Peterwagenbesatzungen) aus. Als die ersten Polizisten in dem Heim eintrafen, wurden auch sie von einem 17-Jährigen und einem 13-Jährigen mit Messern angegriffen. Erst als die Polizisten ihre Dienstwaffen zogen, beruhigte sich die Situation. Einen Tag später kam es in der Wohnunterkunft an der Eiffestraße zu einem weiteren Großeinsatz mit neun Einsatzwagen. Dort waren die Minderjährigen mit Holzlatten aufeinander losgegangen.

Die Flüchtlingsbeauftragte nimmt ihre temperamentvollen und so schrecklich vorbelasteten Jungs selbstverständlich in Schutz, denn dafür wird sie schließlich gut bezahlt.

Das [Hamburger Abendblatt](#) berichtet:

Dietlind Jochims, Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, geht davon aus, dass die Auffälligkeiten dieser Gruppe nicht größer sind als die bei den übrigen Jugendlichen gleichen Alters. Gleichwohl sei die Situation etwa in den Unterkünften angespannt. „Es gibt Schwierigkeiten auch aufgrund der Vorbelastungen der Jugendlichen“, sagt Jochims. Sie hätten keine familiären Bindungen, Schulstrukturen seien ihnen

unbekannt, es fehle an Vertrauen.

Die jungen Flüchtlinge, die der Polizei bekannt werden, kommen in der Regel aus nordafrikanischen Staaten und nicht aus Kriegsgebieten wie etwa Syrien. Die Flüchtlingsbeauftragte bedauert, dass zu wenig darüber nachgedacht werde, wie man diese Kinder und Jugendlichen mit Perspektiven und Regeln unterstützen könne. Es fehle an Vorbildern. „Im Kinder- und Jugendnotdienst herrscht bei der Vielzahl der ankommenden Jugendlichen eine Mangelverwaltung“, so die Flüchtlingsbeauftragte weiter, „man versucht hinterherzukommen, aber Konzepte zu entwickeln, wie man mit diesem Phänomen umgeht, das kommt zu kurz.“

Früher gab es bei uns ganz einfache Lösungen bei derartigen Phänomenen. Man musste hierfür keine Arbeitsgruppen gründen und auch keine Konzepte entwickeln. Wenn die Lausejungen etwas angestellt hatten (wobei hier nicht von Messerstechereien die Rede ist), bekamen sie vom Vater sofort eine ordentliche Tracht Prügel. Das half meistens.

Der Staat ist nicht die Liebe



Kaum, dass die

indigene Bevölkerung sich regt und geltend macht, dass dies UNSER Land ist und WIR hier das Hausrecht haben und dass wir uns vorbehalten, abzuwägen, mit wem wir zusammenleben möchten und mit wem nicht, von wem wir uns bereichern lassen und von wem nicht und in welchem Maße wir uns „gesamtgesellschaftlich“ auf globale Linderungsprojekte verpflichten lassen wollen, kochen tiefsitzende, diffuse Ängste hoch. Als drohe uns die baldige Erstarrung in grimmiger sozialer Kälte. Hat denn unser Land kein „Herz“ mehr für die Not dieser Welt? Mit Verlaub: Länder haben so oder so kein Herz. Individuen haben eines.

(Von Marcus)

Wer von uns, der sachliche wie ethische Vorbehalte gegen Zuwanderungsdiktat und Willkommenszwang ausspricht und dem die ekstatische Asylanten- und Flüchtlingsbesoffenheit suspekt ist, hat denn dafür plädiert, irgendjemandem zu verbieten, nach eigenem Ermessen materielle und zeitliche Ressourcen für karitative Aktivitäten und gelebte Solidarität eigenverantwortlich einzubringen? Das steht doch jedem frei! In der Polemik, die Eiferer für eine „großherzige“ Asylpraxis mögen doch ihr eigenes Hab und Gut in dem Maße für die Ansprüche der in dieser Welt schlechter Gestellten öffnen, wie sie das vom Gemeinwesen insgesamt und von ihren Nachbarn einfordern, steckt bei allem pampig-gehässigen Unterton schon ein wahrer Kern.

Wenn die Not so schreiend, die Unterbringung und Behandlung der „Flüchtlinge“ so unwürdig ist, warum kommen die Gutmenschen dann nicht aus allen Himmelsrichtungen herbeigeschossen und nehmen diese armen Leute mit in ihre – Vorsicht Klischee! – renovierten Altbauwohnungen mit Fischgrätenparkett? Aber in diesem Land ist ja alles politisch: Familie, Gesundheit, Altersvorsorge, Sex, Bildung, Arbeit, „Offenheit“ und „Toleranz“. Auch das karitative Wagnis, das Eigene bis hin zur Selbst-Übereignung ohne kleinkarierte Eigensicherung den Bedürfnissen und Begehrlichkeiten derer anheim zu stellen, die weniger Güter

und Glück haben und die in vielerlei Hinsicht hungrig sind, liegt als vergesellschaftete Barmherzigkeit in der Obhut des Staates, seiner Ministerien und Bürokratie.

Mit seiner magischen Fähigkeit, durch das Geldmonopol Reichtum aus dem Nichts zu erschaffen, zumindest aber der Möglichkeit, durch das Gewaltmonopol meines Nächsten Hab und Gut in Beschlag zu nehmen, wird der Fürsorge- und Umverteilungsstaat zu einem nachgerade unendlichen Vorrat potentieller guter Werke, an den karitative Maximalforderungen adressiert werden können. Zum Null-Tarif lassen sich so Höchstleistungen an Solidarität als „die ganze Radikalität des Evangeliums“ verbalradikal einfordern und man kann risikofrei in dem Gefühl schwelgen, besser zu sein als „die da“, die empathiearmen Schweinefleisch- und Kartoffelfresser aus der Mitte der Gesellschaft, die nicht „teilen“ wollen.

So unterläuft der interventionistische Caritas-Staat als Agent einer „gesamtgesellschaftlichen“ Anstrengung zur kompromisslosen Hinwendung an nicht nur den Nächsten, sondern, im Zuge einer weiteren Leistungssteigerung, auch an den Fernsten die bewährten Korrektive gegen karitative Selbstüberhebung und Selbstüberforderung des Individuums: *Mit dem Maß, mit dem Du misst..! Was siehst Du den Splitter im Auge Deines Nächsten..!* Wer das im Hinterkopf hat, überlegt sich dreimal, wie dick die Lippe ist, die er riskiert, wenn es ums „Teilen“ und um gelebte „Solidarität“ geht. Lieber tut man diskret etwas mehr und redet weniger darüber. Auch weil man weiß, dass „Liberalität“ im Sinne gelassener, gottvertrauender Selbstlosigkeit eher ein Werk der Gnade als ambitionierter moralischer Anstrengung ist.

Im ideologisch und finanziell aufgerüsteten Caritas-Staat freilich ist das Verhältnis zwischen Tun und Reden genau andersherum. Staatliche Intervention stört hier das ethische Gleichgewicht zwischen karitativer Impulsivität und dem Wissen um die eigenen Grenzen, zwischen anteilnehmenden Sentimenten und Sachverstand, zwischen Mit-Leiden und professioneller

Distanz. Wo sich aber auf Staatskosten gut und risikolos eifern und moralisieren lässt, setzt auch moralische Entartung ein:

Eitles Schaulaufen des Bessermenschentums, öffentliche Überbietungswettbewerbe an Betroffenheitsrhetorik, Kontaminierung „nobler“ Anliegen mit sehr weltlichen Interessen der Sozialindustrie, Wohlfahrtsmafia und des Staatskirchentums. Der Appell an das Mitgefühl wird, mit Segen der „christlichen“ Staatskirchen, pervertiert zum Instrument der moralischen Erpressung und psychologischen Kriegsführung gegen das eigene Volk. Einfühlungsvermögen für die Menschen an den „Rändern“ verkommt zur schwärmerischen Elendssentimentalität und matronenhaften Herablassung den „edlen Armen“ gegenüber.

Unser aus den Fugen geratenes karitatives Sensorium muss geläutert und wieder auf das Wesentliche zurückgeführt werden: eine im Kern individuelle Antwort auf einen an das Individuum ergehenden Anruf – von wem und woher und auf welchem Vermittlungswege auch immer. Das karitative Wagnis ist zu entpolitisieren und zu entstaatlichen, es gehört zurück delegiert in den Raum der Eigenverantwortung und muss sich entfalten in Strukturen der Subsidiarität, in denen freie Menschen aus Überzeugung ihre zeitlichen und materiellen Ressourcen optimal koordinieren, um ein karitatives Anliegen in eigener Regie, auf eigene Rechnung und eigenes Risiko zu verfolgen.

Dem Staat kommt lediglich zu, was einem Staat im Lichte des gesunden Menschenverstandes nun einmal zukommt: Rechtssicherheit gewährleisten, Leben und Eigentum der Bürger zu schützen und damit die notwendigen Voraussetzungen der „guten Werke“, die ein Gemeinwesen in seiner Gesamtheit vollbringt. Das ist auch die beste „Soziallehre“ – einfach und verständlich.



Warum unterstützt der ZdJ den Islam?



Sehr geehrter Herr Dr. Schuster, [Ihrer Kritik an Bürgern](#), die sich gegen die Islamisierung Deutschlands wehren, muß widersprochen werden. Es ist unverständlich, daß

Sie die spärlichen Sympathien für Juden in Deutschland aufs Spiel setzen, indem Sie den Islam unterstützen.

(Offener Brief von Dr. Hans Penner)

In Berlin können Juden keine Ladengeschäfte eröffnen. In Offenbach mußte der Stadtschulsprecher sein Amt aufgeben, weil er Jude ist. Jüdische Schüler müssen ihre Identität verbergen. Ich erinnere an die Sympathien Hitlers für die Moslems.

Sie fördern ebenso wie evangelische Theologen und viele Politiker die islamische Propaganda. Diese Propaganda stellt den Islam als eine friedfertige Religion dar und bezeichnet die massenhaften Morde und Folterungen durch Moslems als

„unislamisch“. Sie unterschlagen, daß der Koran für jeden Moslem verbindlich ist und [Gewalt fordert](#).

Das Leben des Mohammed muß für jeden Moslem unbedingtes Vorbild sein. Mohammed (ca 570 – 632), der Gründer des Islam, wurde in Yathrib (Medina) nach seiner Flucht aus Mekka der Alleinherrscher über die dortigen jüdischen und arabischen Volksstämme. Mohammed überfiel Karawanen in einer Zeit traditioneller arabischer Waffenruhe. Der jüdische Stamm der Banu Quaynuqa lehnte eine Zwangsbekehrung zum Islam ab: „Die Männer wurden gebunden, und der ganze Stamm wurde nach Syrien verbannt“. Nach Konflikten mit dem jüdischen Stamm Banu Nadir wurde auch dieser vertrieben. Der dritte in Medina ansässige jüdische Stamm, die Banu Qurayza, wurde vernichtet. Mohammed ließ in deren Stadt Massengräber ausheben, „dann wurden die Juden zu ihm geführt und bei den Gräbern enthauptet – insgesamt 600 bis 900 Männer. Die Hinrichtung dauerte den ganzen Tag über... Die Frauen und Kinder wurden zum größten Teil in Medina versteigert, die übrigen in Syrien und in Nadjd“ (Quelle: J. Bouman: *Der Koran und die Juden*; Darmstadt 1990).

Für jeden Moslem ist es religiöse Pflicht, sich für ein islamisches Deutschland einzusetzen:

„Ihr seid die beste Gemeinde, die für die Menschen entstand. Ihr gebietet das, was Rechtens ist, und ihr verbietet das Unrecht, und ihr glaubt an Allah. Und wenn die Leute der Schrift geglaubt hätten, wahrlich, es wäre gut für sie gewesen! Unter ihnen sind Gläubige, aber die Mehrzahl von ihnen sind Frevler“ (Sure 3:110).

Der Islam ist eine totalitäre politische Ideologie. Aus den 20. Jhdt. haben wir gelernt, welche verheerende Wirkung totalitäre Ideologien haben. Wir müssen uns engagieren für die Erhaltung des freiheitlichen Rechtsstaates und uns deshalb gegen den Islam wehren, weil dieser mit unserem Grundgesetz unvereinbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Penner

» Kontakt: info@zentralratdjuden.de

Broder über Pegida und Politik

[...] Die Menschen da draußen im Lande sind freilich nicht dumm. Sie mögen noch nie einen Film von Steven Soderbergh gesehen oder ein Buch von Richard David Precht gelesen haben, aber sie haben ein Gespür für das Falsche, Pathetische, Verlogene. Sie ahnen, dass irgendetwas nicht stimmt, wenn ihnen immer wieder gesagt wird, es gebe keine „Armutseinwanderung“, sie aber gleichzeitig jeden Tag hören und lesen, dass die Gemeinden mit dem nicht vorhandenen Problem nicht fertig werden. Gleiches gilt für die Islamisierung, die sich natürlich an der Altonaer Elbchaussee ganz anders darstellt als in der Neuköllner Sonnenallee. Irgendwann ist die Bereitschaft, sich die Realität schön zu reden oder schön reden zu lassen, erschöpft. Die Menschen da draußen im Lande finden es auch nicht witzig, als „Rassisten“ bezeichnet zu werden, während ein Gewalt verherrlichender Berliner Rapper für seine Verdienste um die Integration mit einem Preis geehrt wird. (*Broder bringt's auf den Punkt* – [hier weiterlesen](#))



Die libysche Katastrophe

☒ Wer etwas über den Irrationalismus europäischer Außenpolitik lernen will, muss sich mit Libyen beschäftigen. Im März 2011 startete der Westen eine internationale Intervention in Libyen. Innerhalb eines halben Jahres wurde der autoritär verfasste Sozialstaat in Nordafrika zerstört. Seitdem befindet sich das Land in einer zivilisatorischen Abwärtsspirale. Wie auch im Sudan, bekriegen sich inzwischen die ehemaligen Alliierten aus der Allianz, die der Westen gegen den unliebsamen Herrscher bewaffnete.

Nach drei Jahren Bürgerkrieg lässt sich im libyschen Bürgerkrieg nur ein Gewinner ausmachen. Die verschiedensten islamistischen Bewegungen, darunter auch ihre jüngste Metamorphose, der „Islamische Staat“, kontrollieren inzwischen große Teile des Landes. Die Schwierigkeit, mit dieser Entwicklung rational umzugehen, illustrieren Meldungen der Tagesschau.

Am 22. November 2014 veröffentlichte die Redaktion zwei Beiträge über Libyen. Volker Schwenck fragte aus dem ARD-Studio in Kairo: „Erstarken die alten Gaddafi-Anhänger?“ Am selben Tag berichtete Peter Steffe, ebenfalls ARD-Studio Kairo: „Terrormiliz Islamischer Staat macht sich in Libyen breit.“ Gemeinsam werfen beide Beiträge ein bezeichnendes Licht auf die Verbündeten des Westens: Ehemalige Funktionäre der Gaddafi-Regierung und islamistische Extremisten.

Der Leidtragende der Entwicklung ist die libysche Bevölkerung.

Aus dem Osten des Landes mussten nach Angaben der UNO in den vergangenen sechs Monaten etwa eine halbe Million Menschen flüchten. Seit dem Sommer bekämpfen sich die Fraktionen aus dem ehemaligen Nationalen Übergangsrat, zwei verschiedene Regierungen beanspruchen die Macht für sich. Die staatlichen Angestellten erhalten schon seit Monaten keine Löhne mehr.

Was noch funktioniert, wird von den Mitarbeitern in freiwilliger Arbeit aufrechterhalten. Große Teile der Infrastrukturen sind zerstört. Das Gesundheitswesen ist kollabiert. Unterricht finden seit Monaten nicht mehr statt. Die Versorgung mit Wasser und Strom bricht immer wieder zusammen, genau wie die Telekommunikation.

Das Leben in Libyen spielt sich unter der Willkürherrschaft verschiedener Milizen ab. Morde, Entführungen und Überfälle sind an der Tagesordnung. Alleine in Benghazi wurden in diesem Jahr mehr als 600 Menschen ermordet...

Dies ist der Anfang eines [langen, mehrseitigen Artikels](#) in Telepolis! Man kriegt einen Haß auf die westliche Außenpolitik, wenn man das liest. Einer der Hauptkriegstreiber in Frankreich, Bernard-Henri Lévy (siehe Foto in Libyen 2011), der als einflussreicher jüdischer „Intellektueller“ den Staatspräsidenten Sarkozy damals maßgeblich zum Bomben überredete und Libyen „befreien“ wollte, lernte daraus nicht die Bohne und trat im Frühjahr in Kiew auf dem Maidan zum Sturz der gewählten Regierung und zum Bürgerkrieg auf!

Und wer natürlich auch nichts lernt, sind Obama und Merkel! Geht es überhaupt noch um Lernen oder wollen die nicht gezielt andere Länder kaputt machen, die einen, um zu herrschen, die anderen, um möglichst viele (moslemische) Flüchtlinge ins Land zu kriegen? In der Zwischenzeit muß man mit allem rechnen, keine Verschwörungstheorie, die nicht Realität sein könnte!

Doppelpass für 500.000 „Deutsche“



In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern dürfen ab sofort zwei Pässe behalten. Das geänderte Staatsangehörigkeitsrecht trat an diesem Samstag in

Kraft. Allerdings sieht es bestimmte Auflagen vor. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums betrifft die neue Regelung etwa 500.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Von der sogenannten Optionspflicht befreit ist künftig, wer bis zum 21. Geburtstag entweder mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt oder hier sechs Jahre lang die Schule besucht hat. Das Gleiche gilt für Kinder von Migranten, die hierzulande einen Schulabschluss erworben oder eine Berufsausbildung abgeschlossen haben.

[Schreibt die ZEIT.](#) Somit ist Deutschland ganz offiziell ein Viel-Völker-Staat. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist nichts weiter als eine faktische Aufhebung des deutschen „ius sanguinis“, des Blutrechts, durch den „ius soli“, des Geburtsortsprinzips. Gleichzeitig wird dadurch Einwanderern das Blutsrecht zugestanden, was sie gegenüber den autochthonen Deutschen privilegiert. Bei der letzten Präsidentschaftswahl stimmten [69 Prozent der in Deutschland lebenden Türken](#), die wählen gingen, für den Sieger Erdogan. Genau die gleichen Türken werden jetzt bei Wahlen in Deutschland dank ihres

deutschen Passes mit den Grünen und der SPD anti-deutsche Parteien wählen. Genau deshalb wurde auch die diskriminierende doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt.